

Kommentar Wirtschaftspolitik
2015/8 | 4. März 2015

Reformdruck für Österreich nach wie vor hoch

Die österreichische Wirtschaft kommt nach dem schwachen Wachstum der letzten 2 Jahre auch 2015 nicht richtig in Schwung. Strukturelle Probleme und die anhaltende Investitionsschwäche belasten die Wirtschaft immer stärker. Sowohl die Europäische Kommission also auch die OECD sprachen zuletzt in ihren Berichten zu wirtschaftspolitischen Reformen in Österreich zum wiederholten Mal Empfehlungen für Strukturreformen aus, die zur Sicherung eines nachhaltigen Wachstums unabdingbar sind.

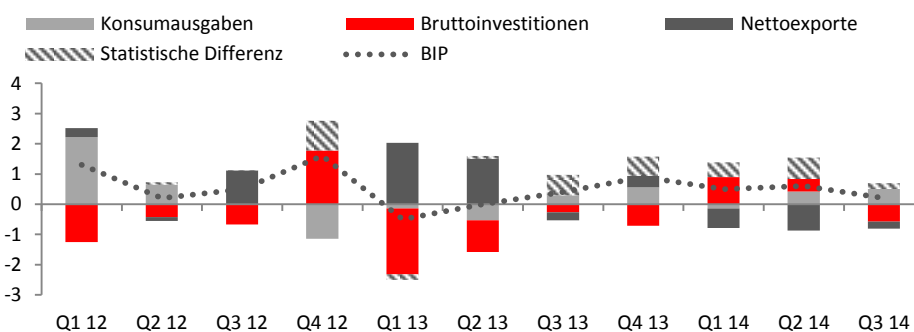
Anhaltende Wachstumsschwäche in Österreich

Seit 2 Jahren wächst die österreichische Wirtschaft kaum. Aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen (niedriger Ölpreis, schwacher Euro) wurden die Wachstumsprognosen für die meisten EU-Staaten zuletzt wieder leicht nach oben korrigiert. Anders in Österreich: Die heimische Wirtschaft landet bei den jüngsten Wachstumsprognosen der EK auf dem viertletzten Platz innerhalb der EU und soll 2015 mit 0,8 % nur sehr verhalten wachsen. Selbst die Exporte - traditionell die großen Wachstumstreiber der österreichischen Wirtschaft - entwickeln sich wenig dynamisch. Die Investitionen springen trotz Niedrigzinsumfeld und dem Aufholbedarf der letzten Jahre nicht an: Seit 2012 gab es nur drei Quartale, in denen die Investitionen in Österreich ein positives Wachstum verzeichneten.

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autorin:
Mag. (FH) Katja Senger
+43 (0)5 90 900- 4216
katja.senger@wko.at

Wachstumsbeiträge zum BIP in %



Quelle: OeNB

Die Europäische Kommission (EK) hat letzte Woche im Rahmen des Europäischen Semesters zur Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken ihren Länderbericht zu Österreich veröffentlicht¹. Strukturelle Herausforderungen bei Pensionen und Gesundheit sowie im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt, aber zunehmend auch die hohe Steuer- und Abgabenlast sowie die Investitionsschwäche bergen große Risiken für das zukünftige Wachstumspotential Österreichs, so die Kernbotschaft. Die OECD schlägt in ihrem jährlichen Bericht „Going for growth“² mit den wirtschaftspolitischen Empfehlungen an Österreich in dieselbe Kerbe. Die hohe Abgabenbelastung auf Arbeitseinkommen und die schwache Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer stehen laut OECD ganz oben auf der Liste der Herausforderungen.

¹ Country Report Österreich: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2015/cr2015_austria_en.pdf

² OECD Economic Policy Recommendations 2015: Going for growth

Demografischer Wandel

Österreich reagiert nach wie vor nicht entschlossen genug auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Das effektive Pensionsantrittsalter liegt weiterhin unter dem internationalen Durchschnitt und stellt damit ein wesentliches Risiko für die nachhaltige Finanzierung des Pensionssystems und die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen dar. EK und OECD empfehlen, die Frühpensionen weiter einzudämmen, das Pensionsantrittsalter von Männern und Frauen zu harmonisieren und das gesetzliche Pensionsantrittsalter an die Lebenserwartung anzupassen. Die eingeleiteten Reformen im österreichischen Gesundheitssystem werden positiv hervorgehoben, sie reichen aber nicht aus, um die Nachhaltigkeit des Systems auch langfristig zu garantieren. Die EK sieht weiterhin Verbesserungspotential durch Steigerung der Kosteneffizienz in den Spitälern, durch effizientere Strukturen im gesamten System sowie durch verstärkten Fokus auf Prävention.

Bildung und Arbeitsmarkt

Das österreichische Bildungssystem ist eines der teuersten im internationalen Vergleich, die Ergebnisse sind jedoch unterdurchschnittlich. Nach Meinung der EK und der OECD müssen die Chancengleichheit und soziale Durchlässigkeit im Bildungssystem verbessert werden, die Ausbildung sei zudem zu wenig an den Anforderungen des Arbeitsmarktes ausgerichtet. Zur Steigerung der Qualität im tertiären Bildungsbereich sollte es den Universitäten laut OECD erlaubt werden, Studiengebühren einzuheben, allerdings nur in Kombination mit der Einführung eines treffsicheren Stipendien- und Darlehenssystem für Studierende. Versäumnisse im Bildungsbereich verstärken die durch den demografischen Wandel verursachte zunehmende Verknappung des Arbeitskräfteangebotes und den Mismatch auf dem Arbeitsmarkt. Österreich müsse jedenfalls sein vorhandenes Arbeitskräftepotential besser nutzen, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Die EK weist insbesondere auf bessere Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer und Menschen mit Migrationshintergrund hin. Nicht ausreichend verfügbare Kinderbetreuungseinrichtungen schränken die Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere für Frauen in Österreich nach wie vor ein.

Bessere Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen

Die EK warnt Österreich offen vor der anhaltenden Investitionsschwäche: Österreich laufe zusehends Gefahr, bei Innovationsfähigkeit und Produktivität den Anschluss zu verlieren, mit negativen Folgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Von einem Aufschwung der globalen Wirtschaftsdynamik wird Österreich womöglich nicht in vollem Ausmaß profitieren können. Wirtschaftspolitische Anstrengungen sind notwendig, um ein florierendes Umfeld für private Investitionen und Unternehmertum zu schaffen.

Zu hohe Abgabenlast

Im europäischen Vergleich hat Österreich durch die Summe aus Einkommensteuer, Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnnebenkosten eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten auf Arbeitnehmerentgelte. EK und OECD empfehlen eine Reduktion der Steuerbelastung auf Arbeitseinkommen, um einen stärkeren Anreiz für Beschäftigung zu schaffen.

Fazit

Die Empfehlungen der EK und der OECD decken sich weitgehend mit den Forderungen der WKÖ. Insbesondere bei den dringend notwendigen Reformen in den Bereichen Pensionen und Bildung sieht sich die WKÖ in ihren langjährigen Forderungen bestärkt. Die zunehmenden Risiken für den Standort Österreich durch veraltete Strukturen und zu geringe Investitionen machen ambitionierte Reformen notwendiger denn je, um Wachstum und Wohlstand für die Zukunft zu sichern.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung